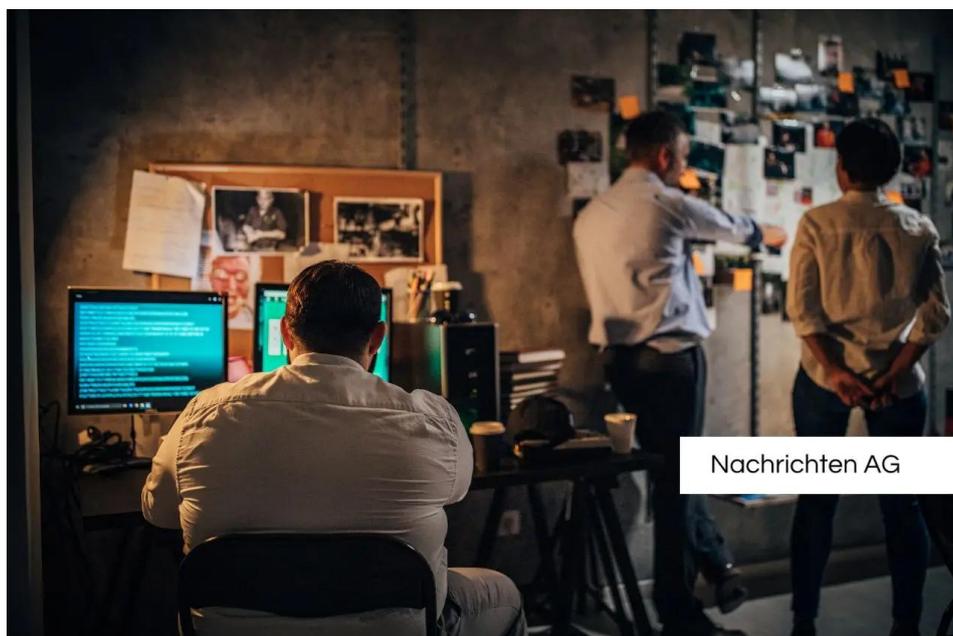


US-Regierung schockiert: Diversitätsprogramme stehen vor dem Aus!

Die US-Regierung plant, Diversitätsprogramme an Universitäten zu stoppen, um Diskriminierung zu verhindern. Was bedeutet das für Studierende?



Nachrichten AG

Die US-Regierung verfolgt einen strikten Kurs gegen Diversitätsprogramme an Universitäten. Justizministerin Pam Bondi hat eine weitreichende Untersuchung an führenden kalifornischen Bildungseinrichtungen wie der University of California in Berkeley, Stanford und UCLA eingeleitet. Ziel dieser Untersuchung ist es, die Praktiken der Zulassung zu überprüfen, insbesondere ob Kriterien wie Hautfarbe oder Geschlecht für die Auswahl der Studierenden eine Rolle spielen. Laut **radioguetersloh.de** spricht das Justizministerium von Verstößen gegen die sogenannte „illegale DEI-Politik“ (Diversity, Equity and Inclusion), die Hochschulen verbietet, bei der

Auswahl von Studenten Aspekte wie Hautfarbe oder Geschlecht zu berücksichtigen. Nur die Leistung der Bewerber soll entscheidend sein.

Zusätzlich hat das Bildungsministerium Mitte März gegen rund 50 Universitäten Ermittlungen eingeleitet, die nicht auf ein früheres Schreiben reagiert hatten, in dem sie aufgefordert wurden, ihre Diversitätspolitik zu überdenken. Diese Programme wurden ursprünglich eingeführt, um historisch bedingte Benachteiligungen, insbesondere von Schwarzen und Frauen, entgegenzuwirken.

Politischer Kontext und Maßnahmen

Die Aktionen der US-Regierung sind Teil einer breiteren politischen Strategie unter Präsident Donald Trump. Seit seinem Amtsantritt hat Trump zahlreiche Dekrete erlassen, die sich gegen die Förderung von Diversitätsinitiativen und die Rechte von trans Menschen richten. Am ersten Tag seiner Amtszeit hob er mehrere Maßnahmen seines Vorgängers Joe Biden auf, die Diskriminierungsschutz geboten hatten. Zudem wies Trump an, nur zwei Geschlechter – männlich und weiblich – anzuerkennen, was die Option „X“ für Geschlechtszuordnung ausschloss. Auch die DEI-Beauftragten in den Bundesbehörden wurden in bezahlten Urlaub geschickt oder deren Stellen abgeschafft, sofern es gesetzlich möglich war, berichtet [zeit.de](#).

Diese Maßnahmen stoßen auf vielfältige Kritik, da sie die Chancengleichheit unabhängig von Alter, Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung in Gefahr bringen könnten. Die Diversitätsprogramme sollen dazu dienen, Minderheiten im Bildungsbereich und am Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Rechtliche Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Auswirkungen

Die juristischen Angriffe auf Diversitätsprogramme nehmen in den USA zu. Laut **lto.de** gibt es mittlerweile etwa 70 laufende Verfahren gegen derartige Initiativen bei Bundesgerichten. Diese Klagen richten sich sowohl gegen staatlich geförderte Institutionen als auch gegen private Unternehmen. Ein bemerkenswerter Fall ist der Fearless Fund, der 2018 gegründet wurde, um Schwarze und hispanische Frauen im Unternehmensaufbau zu unterstützen. Dieser Fund wurde kürzlich durch ein Urteil wegen möglicherweise rassistischer Diskriminierung angegriffen und hat sich seitdem außergerichtlich geeinigt, um dem Druck entgegenzuwirken.

Trump's politische Agenda richtet sich gegen das Eingeständnis, dass Menschen in der US-amerikanischen Gesellschaft systematisch aufgrund ihrer Hautfarbe oder Geschlechterzugehörigkeit benachteiligt werden. Immer mehr Unternehmen, darunter Großkonzerne wie Walmart, Meta und Amazon, stellen ihre DEI-Programme ein, um rechtlichen Risiken zu entgehen. Diese Entwicklungen sind nicht nur ein Zeichen für einen tiefgreifenden Wandel in der politischen Landschaft der USA, sondern auch ein Signal für die Debatte über soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, die in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter an Intensität gewinnen wird.

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.radioguetersloh.de• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de